

**Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtteilbeirates Walle am 26.04.2012,
18.30 Uhr im Ortsamt West, Waller Heerstr. 99, 3. OG**

Nr.: XI/03/12

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

Anwesend waren:

Frau Cornelia Barth
Frau Cecilie Eckler- von Gleich
Frau Petra Fritsche-Ejemole
Herr Wolfgang Golinski
Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann
Herr Joseph Heseding
Herr Özcan Kara
Herr Hans-Dieter Köhn
Herr Gerd-Rüdiger Kück
Frau Helga Mesch
Herr Mirko Pätsch
Herr Franz Roskosch
Herr Jörg Tapking
Herr Gerald Wagner
Her Dr. Peter Warnecke
Herr Lutz Wendeler
Frau Nicoletta Witt

Als Gäste waren anwesend:

Herr Schumacher, Senatorin für Bildung
Frau Jendrichs, Senatorin für Bildung
Herr Kraatz-Röper, Senatorin für Bildung
Herr Genthe-Welzel, Senatorin für Bildung

Es wird sich einstimmig dafür ausgesprochen, folgende Tagesordnung zu beraten:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls Nr. XI/02/12 vom 08.03.2012
- TOP 2:** Planungskonferenz Bildung
dazu eingeladen:
VertreterInnen des Bildungsressorts
- TOP 3 :** Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
a) aus der Bevölkerung
b) aus dem Beirat
- TOP 4 :** Bericht des Beiratssprechers
- TOP 5:** Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet die heutige Sitzung des Stadtteilbeirates Walle und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XI/02/12 vom 08.03.2012

Das o. g. Protokoll lag noch nicht vor.

TOP 2: Planungskonferenz Bildung
dazu eingeladen:
VertreterInnen des Bildungsressorts

Der Vorsitzende erläutert den Sinn und Zweck einer Planungskonferenz und unterbreitet einen Verfahrensvorschlag:

Zu dem heutigen Thema wurde ein Fragenkatalog, gegliedert in fünf Themenbereiche, erarbeitet. Es sollten zunächst die Fragen für je einen Themenbereich vorgestellt und gesammelt werden. Danach erfolgen die Antworten und es ergibt sich daraus zu jedem Themenbereich eine Aussprache. Fallweise kann es auch Beiratsanträge geben.

Herr Heseding stellt die folgenden Themenbereiche vor:

1. Inklusion
2. Grundschulen
3. Oberschulen
4. Schulzentren der Sek.-II
5. Raumsituation

Zum Thema Inklusion erfolgt von Herrn Heseding ein kleines Eingangsstatement. Inklusion bedeutet die Übernahme von der im Jahre 2006 von der UN verabschiedeten Behindertenrechtskonvention in das Bremer Schulgesetz 2009. Die Behindertenrechtskommission beinhaltet, dass alle Behinderten und nicht Behinderte eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben sollen und das dafür die Bedingungen in der Schule geschaffen werden müssen. Nach Übernahme in das Bremer Schulgesetz 2009 hat dies einen erheblichen Umbau innerhalb des Bremer Schulsystems zur Folge. Der größte Teil der Sonderschulen (im Land Bremen spricht man von den Förderzentren) wird abgebaut und die SchülerInnen werden in die Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien bis 2013/2014 inkludiert. Alle SchülerInnen sind dann gemeinsam an einer Schule und werden entsprechend ihren Bedürfnissen gefördert und unterstützt.

Im Anschluss an das Eingangsstatement erfolgt der Einstieg in den Fragenkatalog. Die Fragen werden von verschiedenen Beiratsmitgliedern der Behördenvertreterin und den Vertretern gestellt, es erfolgt die Beantwortung der Fragen und die Aussprache.

1. Inklusion

Frage 1.1:

Wie ist die Ausstattung der Waller Schulen mit Sonderpädagogen und anderen für eine inklusive Förderung notwendigen Professionen (Sozialpädagogen, LRS Förderung, Sprachförderung, DaZ, Beratung)?

Frage 1.2

An allen Waller Schulen sind ZUP eingerichtet worden. Keine der Waller Oberschulen hat bisher eine ZUP Leitung. Bis wann werden diese ZUP mit einer Leitung ausgestattet?

Die Fragen 1.1, 1.2 und weiter die Fragen 1.5 und 1.6 wurden schriftlich zur Beantwortung an die Bildungsbehörde gereicht.

Antwort der Behördenvertreter: Bis August 2012 laufen die Ausschreibungen im Besetzungsverfahren ZUP-Leitungen. Die Grundschule Nordstraße ist mit dem Verbund der Melanchthonstraße ausgeschrieben. Die Übertragung der ZUB-Leitung der Grundschule am Pulverberg ist heute an den zweiten Konrektor erfolgt. Für die Oberschule Helgolander Straße wird das Ausschreibungsverfahren für die ZUB-Leitung auf den Weg gebracht. Im Besetzungsverfahren befindet sich Stellenausschreibung der ZUB-Leitung für die Oberschule am Waller Ring.

Frage 1.3 und 1.4 (Die Fragen werden zusammengefasst.)

Die Feststellungsdiagnostik für den Bereich Lernen kann nur noch bis 2015 vor dem Übergang von Klasse 4 nach 5 erfolgen. Danach wird dann diese Feststellung auf die 8. Jahrgangsstufe verschoben. Durch welche Maßnahmen wird die Versorgung der Waller Schulen, die von mehr SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besucht werden als im Bremer Durchschnitt, mit einer diesen Umstand berücksichtigenden Zahl von SonderpädagogInnen gesichert?

Reicht die Zahl der durch die Auflösung der Förderzentren freigesetzten Lehrer aus um die ZUP in Walle auszustatten? Wenn nicht, wie gewährleistet die Behörde eine qualitativ und quantitativ ausreichende Ausstattung der ZUP?

Antwort der Behördenvertreter: Für 5 SchülerInnen pro Klasse mit anerkanntem statuiertem Förderbedarf sind 15 Unterrichtsstunden vorgesehen.

Fragen 1.5 und 1.6

Ist gewährleistet, dass es sich bei den zukünftigen ZUP Leitungen um SonderpädagogInnen handelt?

Wie ist die aktuelle Ausstattung des ReBUZ West bezogen auf die Beratung und Diagnostik im pädagogischen und psychologischen Bereich?

Antwort der Behördenvertreter: Die Fragen können nicht ausreichend genug beantwortet werden.

Fragen 1.7, 1.8 und 1.9:

Welche Möglichkeiten haben das ReBUZ und die Schulen (ZUP), auf Schulvermeidung zu reagieren. Gibt es Institutionen, die für diesen Fall besondere Förderung ermöglichen?

In bestimmten Fällen sollen die ReBUZ schulersetzen Maßnahmen entwickeln und durchführen, die zu einer Wiedereingliederung auch von Kindern mit extremen Verhaltensauffälligkeiten führen. Handelt es sich dabei um eher therapeutische, sozial stabilisierende Maßnahmen oder um Unterrichtung an einem anderen Ort in Kleingruppen?

Wo ist der Ort für schulersetzen Maßnahmen und wer führt diese durch?

Antwort der Behördenvertreter: Zunächst stellen zwei Behördenvertreter dar, dass sie ihren Dienst erst Anfang April angetreten haben und deshalb zu Detailfragen

2. Grundschulen

Frage 2.1:

Besonders die Ganztagsgrundschule am Pulverberg hat das Problem, dass sie für die Kinder, die aufgrund ihres Verhaltens oder ihrer Wahrnehmungsstrukturen im Kindergarten Integrative Angebote bekamen, keinerlei Hilfen erhält für die Zeiten, die nicht von den inklusiv arbeitenden SonderpädagogInnen abgedeckt werden können. Trotz diverser Zusagen von Mitarbeitern der Bildungsbehörde konnte dieser Missstand bislang nicht aufgehoben werden. Deutlich wurde in diesem Zusammenhang die defizitäre Zusammenarbeit zwischen dem Bildungs- und dem Sozialressort. Gibt es Planungen der Behörde die Einrichtung der pädagogisch notwendigen Unterstützung zu veranlassen oder zu organisieren? Gibt es überhaupt eine Zusammenarbeit zwischen der Bildungs- und der Sozialbehörde?

Hierzu liegt der Behörde der einstimmig am 15.04.2012 beschlossene Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (siehe Anlage 1) vor.

Antwort der Behörde: Sachstand ist, die Grundschule am Pulverberg hat ein Zentrum für unterstützende Pädagogik eingerichtet. Es wird vermutlich noch ein Sozialpädagoge hinzu kommen. IHTE ist ein Programm, das über das Sozialgesetz abgedeckt ist. Es kann nicht beantwortet werden, wie es sich an der Grundschule am Pulverberg auswirkt, mit den Kindern, die im Kindergarten bereits IHTE-Maßnahmen erhalten haben.

Frau Deister-Haag, Schulleitung am Pulverberg, führt aus, dass sie ein Schreiben von Frau Blumenberg (AfSD) erhalten hat, in dem es heißt, dass es aufgrund der Haushaltslage keine neue Einrichtung von IHTE-Stellen geben wird.

Frage 2.2:

Die SchülerInnen der Grundschulen müssen sich häufig Vergleichstest unterziehen, mit denen man die Leistungsfähigkeit der Bremer Schule überprüfen möchte. Ist es nicht sinnvoller, anstelle von Leistungsvergleichen und Rankings in die pädagogische Qualität der Schulen zu investieren?

Antwort der Behördenvertreter: Die Vergleichsarbeiten „VERA“, ist ein Programm laut KMK-Beschluss vom 08. März d. J., dass als Schulentwicklungs- und Unterrichtsentwicklungsinstrument genutzt werden soll. Der VERA-Test wird jährlich mit einer Aufgabe durchgeführt. Soll aber nicht für Rankings oder Statuszuschreibungen genutzt werden. Der VERA-Test wird als Evaluationsinstrument gesehen und hat sich dadurch verändert. Alle 4 Jahre gibt es noch den IGLU-Test.

Frage 2.3:

Die Grundschulen sind gehalten, gemeinsam mit Kindergärten und Oberschulen die Übergänge zu gestalten. In Walle funktioniert das unserer Ansicht nach recht gut. Allerdings erfordert diese Zusammenarbeit auch viel zusätzliche Arbeit. Ist geplant, den Grundschulen Stunden für die Zusammenarbeit mit den Kindergärten und den Oberschulen zur Verfügung zu stellen?

Antwort der Behördenvertreter: Nein, es wird keine zusätzlichen Stunden geben. Es soll strukturell gelöst werden.

Es folgt eine Sachstandbeschreibung von Schulleitungen.

Das Thema wird im Fachausschuss weiterbehandelt werden.

Frage 2.4:

Unseres Wissens erhalten ZUP Leitungen an den Grundschulen nur zwei Verfügungsstunden für ihre Arbeit. Da stellt sich die Frage ob es sich hier um einen Versuch der Behörde handelt, die Selbstausschöpfung von Schulleitungsmitgliedern zum Arbeitsprinzip in den Schulen zu erheben?

Frage 2.5 (wird neu aufgenommen):

Der Beirat Walle und der Bürgermeister unterstützen die Kooperation Schule/Hort an der Melanchthonstraße. Eine vernünftige Versorgung der Kinder und Unterstützung der Eltern erfordert aber auch eine Frühbetreuung. Wann und mit welchen Mitteln wird eine Frühbetreuung an dieser Schule umgesetzt?

Antwort der Behördenvertreter: *Hierzu kann keine Antwort gegeben werden. Es soll in der Behörde problematisiert werden.*

Frau Göricke, Schulleitung, erläutert die aktuelle Situation an Ihrer Schule.

Es wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2) verlesen und einstimmig beschlossen.

Frage 2.6:

Wann bekommt die Ganztagschule am Pulverberg einen Sozialarbeiter? Gibt es im Mai die zugesagte 2. Einstellung?

Antwort der Behördenvertreter: *Des weiteren kann nicht beantwortet werden, ob die Grundschule am Pulverberg aus dem zweiten Paket – wenn es dann eins geben wird - einen/e Sozialarbeiter/in erhalten wird.*

Frage 2.7:

Wann erhält die Ganztagschule am Pulverberg die angekündigten 6 Lehrerstunden für jede Ganztagsklasse?

Frage 2.8:

Die Behörde ist nicht über die tatsächlichen Fehlzeiten des gesamten pädagogischen Personals an Ganztagsgrundschulen (pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte) informiert. Es existiert nur eine Krankenstatistik über die Fehlzeiten der Lehrkräfte. Es gibt keine gesamte Statistik der Fehlzeiten aller Mitarbeiter an Ganztagsgrundschulen. Pädagogische Fachkräfte gestalten aber die Hälfte der Lernzeit an Ganztagsgrundschulen. Die Vertretungsreserve ist unzureichend und wird statistisch nicht insgesamt erfasst. Wann ist hier eine Änderung vorgesehen?

Frage 2.9:

Seit 01.01.12 gilt die neue Reinigungsverordnung. Es ist vorgesehen, dass an Grundschulen im Intervall nur noch jeden 2. Tag die Tische und Fußböden der Klassenräume gereinigt werden. Das ist für Grundschulen viel zu wenig. Kleine Kinder nutzen auch Fußböden als Lernräume und an den Tischen wird gefrühstückt (unhygienisch!)

Frage 2.10:

Ganztagsgrundschulen fordern seit Jahren eine Erhöhung der Reinigungsleistung (Anwesenheit der Kinder bis zu 10 Stunden täglich), z. B. ist u. a. eine 2Xige Reinigung der Toiletten dringend erforderlich. Stattdessen erfolgt jetzt eine Reduzierung. Es wird auch in der neuen Reinigungsverordnung nicht zwischen Halbtagsgrundschulen und Ganztagsgrundschulen unterschieden. Die

vermutlich nicht immer konkrete Aussagen treffen können. Die ReBUZ'e befinden sich im Aufbau. Eine Richtlinie beschreibt den Aufbau der ReBUZ'e. Schulersetzende Maßnahmen sind in dieser Richtlinie vorgesehen. Das ReBUZ besteht aus einem Personal-Mix. Die Kompetenz der Schulvermeidung ist ebenfalls im ReBUZ vertreten. Schulersetzende Maßnahmen sollen zukünftig für jugendliche Schulvermeider nicht mehr an Schule stattfinden. Es gibt zurzeit noch kein Netz von flächendeckenden Maßnahmen für SchulvermeiderInnen und den sogenannten „SchulsprengernInnen“. Es werden bremenweit verschiedene schulersetzende Maßnahmen – die gut genutzt sind und Tradition haben – genannt und beschrieben. Die SchülerInnen der Werkstufenklassen aus dem ehemaligen FÖZ am Rhododendronpark sind bereits Schüler des SZ Walle Abtfg. Berufl. Schulen und die Lehrkräfte werden es ab dem kommenden Schuljahr sein. Im Augenblick gibt es noch keine ZUB-Leitung an berufsbildenden Schulen. Es kann aber jederzeit ein Antrag gestellt werden. Inklusion kann überall stattfinden und ist nicht abhängig von einem ZUP.

Frage 1.10:

Die Oberschulen in Walle fühlen sich (BA Sitzung vom 14.03.12) von der Behörde nicht ausreichend unterstützt bei der Versorgung von „verhaltensoriginellen“ SchülerInnen. Die für die Inklusion vorgesehenen Pädagogen können diese Anforderungen nicht schultern. Welche Maßnahmen schlägt die Bildungssenatorin vor, um diesem Miasstand abzuhefen?

Antwort der Behördenvertreter: Hierzu hat zwischen Schule und Behörde ein Gespräch stattgefunden. Es bestehen Unterschiede in der Größenordnung. Bei SchülerInnen mit Förderbedarf ist ein Plus zu verzeichnen und bei den SchülerInnen mit „Lernbehinderung“ ein Minus. Die Ausstattung ist in dem Rahmen, wie es angesetzt worden ist, gegeben (17 plus 5 und den 15 LehrerInnenstunden pro Klasse).

Sozialpädagogische Stunden werden nicht nach Sozialindikator gestaffelt, nur sonstige Stundenzuweisungen. Die Behörde entwickelt zurzeit ein Modell, in dem es für benachteiligte Schulen einen Ausgleich geben wird. Die Stunden werden umgeschichtet.

In der darauffolgenden Diskussion wird aus dem Beirat angemerkt, dass stadtweit gesehen der Stadtteil Walle beim Sozialindikator auf Platz 26 und 27 liegt. Hier müsste die Behörde reagieren.

Die Anmerkung/Frage kann heute nicht beantwortet werden und wird an die Behörde getragen.

Auch sind 2 Wochenstunden der ZUP's an den Grundschulen zu wenig. Die Stundenzuweisung müsste erhöht werden.

Diese zwei Stunden sind eine Mindestzuweisung. Die ZUP-Leitung/ZUP-Team entscheidet die jeweilige Organisation an den Schulen. Wie es aber im Einzelnen verhandelt wird, ist Aufgabe der Schulleitung. Es ist aber nicht an eine Ausweitung der Zuweisung gedacht.

Schulleitungen führen aus, dass in der Richtlinie für unterstützende Pädagogik die Ressourcenfrage nicht zur Diskussion steht. Gerade diese Frage ist aber ausschlaggebend für Inklusion.

Intervallreinigung der Klassenräume und Tische ist als völlig unzureichend abzulehnen. Wird die Reinigungsverordnung entsprechend überarbeitet?

Antwort der Behörde: Aufgrund des Artikels wird auch im Hause der Bildungsbehörde über eine Nachbesserung der neuen Reinigungsverordnung nachgedacht. Es kann derzeit noch keine verbindliche Aussage getroffen werden.

Es folgt eine Sachstandbeschreibung von Schulleitungen.

Das Thema wird im Fachausschuss weiterbehandelt werden.

3. Oberschulen

Frage 3.1:

Die Waller Oberschulen nahmen bislang deutlich mehr Schüler auf als geplant. Wie wird gesichert, dass die geplante Vierzügigkeit der beiden Oberschulen langfristig abgesichert wird?

Antwort der Behördenvertreter: Die 4-Zügigkeit für die beiden Schulen ist im Schulstandortplan 2009 festgeschrieben worden. Ausnahme ist die Schule an der Helgolander Straße. Die jetzige 7-Zügigkeit läuft aus. Die Schule am Waller Ring kann sich als Oberschule und mit der Perspektive als Ganztagschule zu entwickeln nur 4-zügig werden. Mit der Einrichtung einer neuen Oberschule in Gröpelingen erhofft die Behörde sich eine entlastende Entwicklung für den Stadtteil Walle. Zurzeit wird ein Problem in den Zuwanderungsproblematiken gesehen und hierzu sollten Gespräche mit den Schulleitungen erfolgen. Die in den letzten Jahren eingeschlagene 4-Zügigkeit im Bremer Westen soll weitergeführt werden.

Frage 3.2:

Die Bildungssenatorin möchte eine größere Bildungsbeteiligung erreichen und die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft vermindern. Welche Maßnahmen plant die Bildungsbehörde um diesen Anforderungen zu entsprechen?

Antwort der Behördenvertreter: Die Bildungsbehörde bemüht sich seit Jahren, eine soziale Mischung an den Schulen herzustellen. Die Einrichtung einer Oberschule ist eine konkrete Maßnahme.

Frage 3.3, 3.4 und 3.5 (werden zusammengefasst):

Einige Waller Eltern fordern die Einrichtung eines Gymnasiums im Bremer Westen, da sie der Meinung sind, damit eine höhere Bildungsbeteiligung zu erreichen. Wie steht die Behörde zu dieser Forderung?

Wie können die Oberschulen gewährleisten, dass die bewährten bilingualen, musisch orientierten oder naturwissenschaftlich ausgerichteten schulischen Ausbildungsgänge erhalten bleiben und damit der Anreiz für bildungsnähere Familien gegeben ist im Stadtteil zu verbleiben?

Einbeziehung G8-Orientierung?

Antwort der Behördenvertreter: Es wird angemerkt, dass die bildungspolitische Diskussion dazu an anderer Stelle stattfindet. Die anwesenden Vertreter nehmen die Fragen mit auf und tragen sie im Hause der Bildungsbehörde vor.

Fragen 3.6, 3.7, 3.8 und 3.9 (werden zusammengefasst)

Durch die stark angewählten Innenstadtgymnasien und die von etlichen Waller SchülerInnen angewählte OS Findorff geht ein großer Teil der leistungsfähigen Kinder aus dem Stadtteil heraus. Kann durch die Steuerung von Schülerströmen eine angemessene Durchmischung der Waller Oberschulen erreicht werden?

Antwort der Behördenvertreter: Die Abwanderung von SchülerInnen aus dem Stadtteil Walle wird von Behördenseite nicht bestätigt. Frau Riebeling, Schulleitung Waller Ring führt aus, dass die bestehenden bilingualen Angebote an ihrer Schule auch in der Oberschule weiter geführt werden. Die Erstanwahlen haben gegenüber den anderen Jahren nachgelassen. Deshalb möchte sich die Schule auch mit einem Ganztagsangebot weiterentwickeln. Die Schule möchte für die Oberschule ein attraktives Angebot von Klasse 5 – 13 erhalten.

Herr Dobers, Abteilungsleiter Gy am Rübekamp, plädiert ebenfalls dafür, dass eine gute Attraktivität an Waller Schulen erhalten bleiben muss. Weiter führt er aus, dass über 50 % der SchülerInnen am Waller Ring und an der Langen Reihe aus anderen Stadtteilen kommen.

Es folgt eine allgemeine Aussprache zwischen Beirat, Schulleitungen und Behördenvertretern zum Thema „Abwanderung“. Außerdem wird noch angemerkt, dass es für den Bremer Westen von Wichtigkeit sei, dass der Waller Ring eine Ganztagschule werden muss.

Die Waller Oberschulen haben einen deutlich schlechteren Sozialindikator als der Stadtteil. Kann die Bildungsbehörde dieses Problem erklären?

Angesichts des schlechten Sozialindikators der Schulen ist für uns nicht nachvollziehbar, warum den Waller Schulen in einem so geringen Umfang Sozialpädagogen und andere Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden. Ist eine dem Sozialindikator angepasste Versorgung der Oberschulen geplant oder wird weiter nach dem Muster verfahren: „Den letzten beißen die Hunde“?

Um die Schulen im Bremer Westen zu entlasten, baut die Bildungsbehörde eine neue Oberschule mit reformpädagogischem Konzept am Ohlenhof. In diesem Schuljahr wurde diese Schule weder von Waller noch von Gröpelinger SchülerInnen angewählt. Die geplante Entlastung ist demnach Makulatur und die Schule wird „pro Forma“ eingerichtet. Bis wann wird, an welchem Standort, die Oberschule fertig gestellt sein und wie wird dafür gesorgt, dass Waller SchülerInnen diese Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können?

Antwort der Behördenvertreter: Die neue Oberschule in Gröpelingen geht zum kommenden Schuljahrsbeginn 2-zügig an den Start. Zurzeit finden Elterngespräche von den SchülerInnen statt, die bisher noch nicht untergebracht worden sind. Die Verkehrsanbindung zwischen Walle und Gröpelingen ist vorhanden.

Frage 3.10:

In der Oberschule Helgolander Straße sind einige Jahrgänge durch den Zuzug von Schülern ohne oder mit nur rudimentären Deutschkenntnissen gebeutelt. Die eingerichteten Vorkurse können bei der aktuellen Ausstattung eine ausreichende sprachliche Qualifikation dieser SchülerInnen nicht erreichen. Angesichts der Notwendigkeit der Integration dieser SchülerInnen erscheint uns diese Situation katastrophal. Was gedenkt die Schulbehörde zu tun um die aktuellen Missstände zu beheben und für bessere Startbedingungen für Neuzugänge aus anderen europäischen Ländern zu sorgen?

Antwort der Behördenvertreter: Das Problem soll in Kürze ressourcen- und raummäßig mit der Schulleitung der Helgolander Straße besprochen werden. Behördlicherseits ist das Problem wahrgenommen worden.

4. Schulzentren des Sekundarbereiches II

Fragen 4.1, 4.2, 4.3 (werden zusammengefasst):

Die Schulzentren der Sek II in Walle sind landesweit anerkannt für ihre gute und hochwertige Arbeit. Ist das Weiterbestehen dieser Schulen gesichert oder wird die Auflösung der Zentren geplant?

Das SZ am Rübekamp stand bereits öfter zur Disposition. Es befindet sich in Konkurrenz zu immer mehr kleinen Oberstufen in den Stadtteilen. Die Zusammenarbeit des beruflichen und des allgemeinbildenden Bereichs schafft aber eine hohe Durchlässigkeit und eröffnet damit auch Schülern aus bildungsfernen Schichten alternative Zugänge zu einer „höheren“ Bildung (Fachhochschulreife etc.)? Werden diese Zugänge erhalten oder zugunsten anderer Bildungsvorhaben gecancelt?

Eine ähnliche Situation findet das SZ Walle vor. Innerhalb der SPD und der Bildungsbehörde gibt es konkrete Planungen, an dieser Schule den Zusammenhang zwischen Sek. I b und a räumlich und organisatorisch aufzuheben, indem die verschiedenen Zweige einen Gebäudewechsel mit der Oberschule Waller Ring vollziehen. Welche Vorteile verspricht sich die Bildungssenatorin von diesen Planungen?

Antwort der Behördenvertreter: Schulzentren standen nicht im alten und auch nicht im neuen Schulgesetz. Es ist nicht bekannt, dass in der Behörde von der Auflösung der beiden Schulzentren geredet wird. Der Verbund des SZ Rübekamp mit drei Oberstufen der Region läuft hervorragend. Ebenfalls arbeitet das SZ Walle sehr erfolgreich.

Zum Schultausch sagt die Abgeordnete Frau Vogt aus, dass aufgrund eines Gespräches mit der Senatorin in der Bürgerschaft die klare Aussage getroffen worden ist, einen solchen Schultausch anzuvisieren.

In der darauffolgenden Aussprache der Schulvertreter werden auf die verschiedenen guten Angebote, die gute Mischung und die gute Bildungsbeteiligung der beiden Schulzentren hingewiesen.

Der Antrag der Beiratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (siehe Anlage 3) wird von Herrn Heseding verlesen. Der ergänzende Antrag der CDU-Fraktion (siehe Anlage 4) wird von Herrn Pätsch verlesen. Nach einer allgemeinen Aussprache wird der Antrag der Grünen unter Einarbeitung des CDU-Antrages einstimmig angenommen.

Beschluss vom 26.04.2012:

Planung zum Gebäudetausch der Oberschule Walle und der beruflichen Abteilung des Schulzentrums Walle

Antrag I:

Gebäudetausch

- Der Beirat Walle lehnt die Pläne zum Gebäudetausch der Oberschule Waller Ring und der beruflichen Abteilung des SZ Walle ab.
- Er fordert die Behörde und die Bildungssenatorin auf, alternative Planungen zu entwickeln, die, in einem angemessenen Finanzrahmen, der Oberschule am Waller Ring die Entwicklung zur Ganztagschule ermöglichen.

- Gleichzeitig muss die Durchgängigkeit von Klasse 5 – Klasse 13 für die Oberschulen Waller Ring und Helgolander Straße in Zusammenarbeit mit der GYO des SZ Walle entwickelt und gewährleistet werden.
- Der Beirat Walle fordert die Fortsetzung der erfolgreichen Kooperation zwischen den Bereichen SEK II a und SEK II b am SZ Walle.
- Der Beirat Walle fordert die Bildungssenatorin auf, die Beiratsgremien und die Gremien der Schule (Elternvertretung, Schülervertretung und Gesamtschulkonferenz) bei der Entscheidungsfindung zu beteiligen.
- Entscheidungen der Behörde ohne Beteiligung der Gremien lehnt der Beirat Walle ab.

Begründung:

In Gesprächen mit den beiden verantwortlichen Schulleitungen wurde deutlich, dass der Gebäudetausch nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten zu realisieren ist. Die Neuerrichtung von Jahrgangshäusern und Mensa am Standort Lange Reihe und der zwingend notwendige Umbau der vorhandenen Räume, sowie die Erweiterung der naturwissenschaftlichen Räume birgt ein enormes Geldverschwendungsrisiko, da die in den letzten 10 Jahren durchgeführten Umbaumaßnahmen am Waller Ring in ihrer Struktur sich für den beruflichen Bereich nicht eignen und ebenfalls umgebaut werden müssten. Die mit Mitteln des Konjunkturprogramms neu gestalteten NW-Labore am Waller Ring werden ebenfalls von der Berufsschule nicht benötigt. Ob der Verkauf der Schulimmobilie an der Ritter-Raschen-Straße ausreichend lukrativ ist, um die entstehenden Kosten zu sichern scheint uns sehr fraglich. Willkürliche Behördenentscheidungen passen nicht zu einem demokratischen Gemeinwesen.

Ausblick:

Ein Neubau des Kindergartens Baumhöhle auf dem städtischen Gelände an der Dedesdorfer Straße böte die Möglichkeit, mit relativ geringen Mitteln im jetzigen Kinderhaus eine Mensa einzurichten.

Der Bau des Kindergartens auf dem Dedesdorfer Platz brächte positiv Bewegung in die Auseinandersetzung um die Neugestaltung dieses Platzes. Das notwendige Außengelände des Kindergartens könnte gleichzeitig in eine öffentliche Spiel- und Freizeitfläche für den Stadtteil eingebettet sein.

Antrag II:

Zusagen einhalten: Planungen zur Oberschule Waller Ring und zum Schulzentrum Walle ergebnisoffen prüfen und Betroffene beteiligen

Der Beirat Walle

1. *fordert die Bildungssenatorin auf, die im Herbst 2011 zugesagte ergebnisoffene Prüfung der Planungen zur Oberschule Waller Ring und zum Schulzentrum Walle sicherzustellen, die zugesicherte Beteiligung der betroffenen Schulen und des Beirates einzulösen und die Umsetzung aller Maßnahmen, die Fakten schaffen, auszusetzen, bis eine einvernehmliche Planung abgestimmt ist.*
2. *lädt die Bildungssenatorin ein, sich gemeinsam mit VertreterInnen des Beirates im Rahmen eines Besuchstages an den betroffenen Schulen vor Ort ein Bild über die Auswirkungen der geplanten Veränderungen zu machen.*

Begründung:

Der Beirat Walle unterstützt die Schulleitungen der beiden betroffenen Schulen in ihrem Bemühen um eine einvernehmliche Schulentwicklungsplanung. Das bedeutet aber auch, dass

die Vorschläge und Bedenken der Schulen und des Beirates Gehör finden müssen und nicht in der Zwischenzeit durch die Bildungsbehörde Fakten geschaffen werden. Bei der Prüfung müssen deshalb die Bedarfe, die bisherigen Investitionen und räumlichen Voraussetzungen eingehend geprüft werden.

Es folgen weitere Wortmeldungen zum Ringtausch. Der Antrag dazu wird begrüßt. Ein Umzug des SZ Waller Ring ist mit erheblichen Kosten verbunden. Die Schulleitungen beider Sek.-II-Zentren betonen die gute Kooperation zwischen den Schulen, berichten über ihre Angebote an Schule und hoffen auf eine Nichtumsetzung des Schultausches.

Der Abgeordnete Rolf Vogelsang hebt die erfolgreiche Arbeit der beiden Schulzentren hervor. In einem Gespräch mit der Senatorin hat Herr Vogelsang nachgefragt, ob ein Schultausch in Betracht kommt. Die Senatorin dementierte solch einen Schultausch. Aufgrund des heute auf der Sitzung Gehörtem, wird Herr Vogelsang nochmals bei der Senatorin nachfragen. Weiter versichert Herr Vogelsang, dass er sich für das, was im Antrag vorgetragen wurde, auch einsetzen wird.

Frage 4.4

Nachfragen seitens des Waller Bildungsausschusses bezogen auf eine Umorganisation der OS Waller Ring in eine Ganztagschule werden von der Bildungsbehörde in der Regel nur mit einem süffisanten Lächeln kommentiert. Antworten auf die drängenden Fragen gab es noch nie. Ein durchgängiger Bildungsgang von Klasse 5 -13 wird von allen Waller Parteien seit Jahren gefordert. Verhandeltbare und finanzierbare Modelle sind von der Bildungsbehörde nicht entwickelt worden (vielleicht sollten sie auch gar nicht entwickelt werden) Welche Planungen hat die Bildungsbehörde, um den anstehenden Aufgaben für ein durchgängiges Bildungssystem in Walle zu entsprechen?

Frage 4.5:

Die Waller Kommunalpolitiker schlagen eine organisatorische und inhaltliche Kooperation der beiden Oberschulen mit den zu erhaltenden Oberstufenzentren Walle und Rübekamp vor. Gleichzeitig halten sie die Neueinrichtung einer weiteren „kleinen“ Oberstufe für überflüssig, denn das Bildungsangebot an diesen kleinen Oberstufen kann weder quantitativ noch qualitativ mit dem der Oberstufenzentren konkurrieren und wir wollen bestmögliche Bildung für unsere Kinder. Wie steht die Bildungsbehörde zu diesen Vorschlägen?

Frage 4.6:

Die ABS stellt gerade für Schüler mit einem hohen Förderbedarf und Integrationsbedarf ein einzigartiges Angebot dar. Leider fehlen diesem Angebot entscheidende Faktoren, um kontinuierlich erfolgreich zu arbeiten. Die ABS hat dringenden Bedarf an Sozialpädagogen, um neben dem Unterricht den Schülern, die aus vielen verschiedenen Ländern und zum Teil mit schwierigen Lernvoraussetzungen an die Schule kommen, ein integratives Angebot zu machen. Wird die Bildungssenatorin für diese Schule ausreichend Sozialpädagogen einstellen oder ist sie mit dem Status Quo so zufrieden, dass sie an Entwicklungen nicht mehr arbeiten muss?

Antwort der Behördenvertreter: Bis zum 31.12.2012 gibt es noch eine Bezuschussung über ESF-Mittel. Ab 01.01.2013 wird sichergestellt, dass die im Moment mit dem ZSW, Kooperation Soziales und Jugendhilfe geleistete Aufgaben,

die mit ESF-Mittel bezuschusst werden, werden in den Regelbetrieb übergehen. Zurzeit wird ein neuer Kooperationsvertrag zwischen Bildung und Soziales vorbereitet. Das Bildungs- und Sozialressort garantieren die Übernahme der Kosten, die bisher mit ESF bezuschusst wurden.

Frage 4.7:

Die Berufsschule für Groß und Außenhandel ist nach wie vor in einem katastrophalen Bauzustand. Hält die Bildungsbehörde es weiterhin für angemessen, dass die Ausbildungsgänge, die das wirtschaftliche Bild Bremens entscheidend prägen, in Räumen ausgebildet werden, in die es durchregnet und in denen es zieht wie Hechtsuppe? Wie und wann will die Bildungsbehörde diese Missstände beseitigen?

Antwort der Behördenvertreter: Die Finanzsenatorin muss mehr Geld in die Gebäudesanierung investieren. Dieses wird von der Bildungsbehörde genauso gesehen wie vom Beirat. Der Senat hat gerade das Gebäudesanierungsprogramm 2012 beschlossen. Die Finanzsenatorin hat in diesem Jahr zum ersten Mal die Kreditfinanzierung umgestellt auf eine Zuschussfinanzierung. Das bedeutet für 2012 keine neuen Gebäudesanierungsprojekte.

Die Sanierung der BS für Groß- und Außenhandel wird 2012 in die Planungen mit aufgenommen, 2013 erfolgen die Ausschreibungen und kann dann 2014 ins Verfahren/Gebäudesanierungsprogramm aufgenommen werden. Es kann keine verbindliche Aussage getroffen werden, ob in 2014 wirklich mit der Sanierung begonnen werden kann.

Auf Nachfrage, ob der Ausbau der Ganztagschule Waller Ring auch in Frage gestellt ist, wird erklärt, dass frühestens 2014 eine Entscheidung fällt, wenn über die nächsten beiden Standorte entschieden wird.

Frage 4.8:

Die Berufsschulen in Walle sind budgetierte Schulen. Bislang ist dieses Modell an vielen Schulen erfolgreich. Wird die bisherige Ausstattung der beruflichen Schulen auf dem knappen Niveau gehalten oder ist hier zukünftig mit Kürzungen zu rechnen?

Antwort der Behördenvertreter: Die Budgetierung bezieht sich auf die Personalausstattung. Auf Grundlage der allgem. Planungen wird nichts verändert. Es bleibt für die budgetierten Schulen alles so, wie es der Rahmen der Finanzsenatorin vorgibt. Zukünftig wird es Kürzungen in der Budgetierung geben.

5. Raumsituation

Frage 5.1

Seit fast 40 Jahren wird in Walle über die fehlenden Schulräume diskutiert. An einigen Schulen wurde zwar gebaut, aber das Problem, dass der Schulraum nicht ausreicht, besteht nach wie vor. Verfügt die Bildungssenatorin über Konzepte, um hier Abhilfe zu schaffen oder setzt sie nur auf weiter verringerte Geburtenzahlen?

Frage 5.2

Die Schule an der Vegesacker Straße bekommt zurzeit einen Neubau mit 6 Klassenräumen und Differenzierungsräumen. Gleichzeitig ist bekannt, dass diese Schule nur noch bis zum 01.08.2014 bestehen bleibt. Gibt es in der Bildungsbehörde bereits Vorstellungen wie diese Räume danach weiterverwendet werden?

Frage 5.3

Für die Schulen in Walle gibt es nicht ausreichend Sporthallenkapazität. Das hat zur Folge, dass der Sportunterricht nicht oder nur mit erheblichen Erschwernissen in guter Qualität angeboten werden kann. Gibt es Planungen, das Hallenangebot in Walle zu erweitern und bestehende Anlage zu modernisieren?

Frage 5.4

Gleichzeitig gibt es deutlich zu wenige Möglichkeiten für SchülerInnen, sich sportlich an der frischen Luft zu betätigen. Der einzige im Stadtteilkern befindliche Sportplatz wurde ersatzlos aufgegeben. Welche Optionen bietet die Bildungsbehörde den Waller Schulen an, langfristig qualifizierten Sport in erreichbaren Sportstätten durchzuführen?

Frage 5.5

Die Einrichtung von Ganztagschulen erfordert auch die Einrichtung von Speiseräumen. Wie sehen die Planungen der Bildungsbehörde bezgl. der Einrichtung von Ganztagschulen mit entsprechenden Räumlichkeiten aus?

Frage 5.6

Bis wann ist eine Umwandlung der Waller allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen geplant? Werden diese als offene, halbgebundene oder gebundene Ganztagschulen geplant?

Auf Nachfrage des Vorsitzenden wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit der Themenkomplex „Raumsituation“ nicht mehr aufgerufen. Herr Heseding schlägt vor, die Fragen nochmals zu überlegen und in einem Block an die Bildungsbehörde geben, um auf einer der nächsten Bildungsausschusssitzung oder vorher schriftlich eine entsprechende qualifizierte Antwort zu bekommen.

Im Allgemeinen ist der Beirat mit dem Verlauf der Planungskonferenz zufrieden und begrüßt, dass die Behördenvertreter einen Teil der nichtbeantworteten Fragen mit in das Bildungsressort nehmen und dort erörtern.

- TOP 3 :** Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
- a) aus der Bevölkerung
 - b) aus dem Beirat

a) aus der Bevölkerung:

Von der Interessengemeinschaft „gewerblicher Güterverkehr in der Sonderburger Straße/Bergedorfer Straße“ wird der Beirat um Unterstützung gebeten. Die Vertreterin der Interessengemeinschaft fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, dass die Firma Tegee-Chemie zur Ortsbegehung am 08.05.2012 um 10.00 Uhr vom Beirat eingeladen wird und ob auch Beiratsmitglieder an diesem Termin teilnehmen können.

Nach Aussage der Sachbearbeitung für den Stadtteil Walle wird die Firma Tegee-Chemie - nach Rücksprache - vom ASV eingeladen. Nach kurzer Aussprache zwischen der Interessengemeinschaft und dem Beirat, soll nunmehr Tegee-Chemie

vom Ortsamt West offiziell eingeladen werden. Selbstverständlich werden Beiratsmitglieder bei der Ortsbegehung zugegen sein.

b) aus dem Beirat:

Nach kurzem Sachstandsbericht wird von der SPD-Fraktion nachstehender Antrag mit Zusatz des letzten Absatzes von der Fraktion Die Grünen verlesen:

Anbiethalle in der Überseestadt erhalten

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Es muss auch in den zukünftigen Planungen für die Entwicklung der Überseestadt einen Raum für die Erhaltung der Tradition der Anbiethalle geben.

Anbiethallen sind ein historischer Bestandteil der Geschichte des Europa- und Überseehafens im Bremer Westen. Sie erinnern zugleich auch an die Arbeit- und Lebenswelt der in den Häfen tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Vor diesem Hintergrund fordert der Stadtteilbeirat Walle der im Kaffee-Quartier befindlichen „Anbiethalle“, die in früheren Zeiten an dieser Stelle nicht bestand, einen alternativen Standort in einem Schuppen oder Speicher, wo tatsächlich eine Anbiethalle betrieben wurde, anzubieten.

Genauso müssen den weiteren Untermietern des Gebäudes von Seiten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Räume in der Überseestadt angeboten werden zu erschwinglichen Preisen.

Von der CDU-Fraktion wird ebenfalls ein Antrag zur Erhaltung der Anbiethalle verlesen:

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, den Abriss des Gebäudes der Anbiethalle am Europahafen zu verhindern und sich stattdessen für den Erhalt dieses noch lebendigen Stücks Bremer Hafentradition einzusetzen.

Begründung:

Unser Stadtteil Walle hat seinen ganz eigenen Charme durch die enge Verbindung zum Hafen und den Menschen, die darin arbeiteten und noch arbeiten, erhalten. Seit der Erschließung des städtebaulichen Projektes Überseestadt und den damit einhergehenden Umstrukturierungen des alten Hafenreviers, hat sich das Erscheinungsbild Walles aber nachhaltig verändert.

Wir verwahren uns nicht vor der Zukunft und sehen die meisten Impulse, durch eines der größten städtebaulichen Maßnahmen Europas, als positiv für Walle und ganz Bremen. Bei alledem wollen wir uns aber auch den Blick auf Walles maritime Vergangenheit und Hafentradition bewahren, die nur noch an wenigen Orten wie der Anbiethalle für Jedermann erlebbar sind und auch in Zukunft bleiben sollen.

Nach ausführlicher Beratung wird der weitergehende Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei 5 Enthaltungen einstimmig gefasst. Der CDU-Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ein zweiter Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes für den Beiratsbereich Walle zur Steuerung zukünftiger Ansiedlungen von Spielhallen wird verlesen und einstimmig nach ausführlicher Aussprache beschlossen:

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, für den Beiratsbereich Walle ein Spielhallenkonzept zu erstellen, welches die zukünftige Ansiedlung von Spielhallen steuert. Das so erstellte Konzept soll dann fortan bei der Bauleitplanung umgesetzt werden und entfaltet seine Rechtswirkung durch die Anpassung der entsprechenden Bebauungspläne. Einem unkontrollierten „Wildwuchs“ von Spielhallen kann so wirksam begegnet werden.

Begründung:

Das seit 17. Mai 2011 gültige Bremische Spielhallengesetz entfaltet keineswegs überall eine ausreichende Steuerungswirkung. So prägen in manchen Arealen des Beiratsbereiches Walle zunehmend Spielhallen und Vergnügungsstätten, die sich durch vielfältige Glücks- und Wettangebote finanzieren, das Straßenbild.

Viele Bürger verfolgen diese Entwicklung mit Sorge. Rein optisch liegt dies daran, dass sich die Spielhallen nach außen hin bewusst von den Blicken der Öffentlichkeit abschotten, dabei aber zumeist mit greller Neonwerbung auf ihre Angebote aufmerksam machen. Das Erscheinungsbild des Ortsteils wird hierdurch negativ beeinflusst und nachhaltig abgewertet.

Das angezogene Klientel und die späten Öffnungszeiten führen aber auch mitunter dazu, dass das Sicherheitsempfinden mancher Bürger im Umfeld solcher Spielstätten gemindert wird. Mit Blick auf die Kriminalitätsstatistiken ist dieses Gefühl sicherlich nicht unbegründet.

Auch der ansteigenden Spielsucht, welcher immer mehr junge Menschen verfallen, kann durch eine wirksame Steuerung der Spielhallenansiedlung zumindest entgegengewirkt werden.

Da in Walle zur Zeit einige Ladengeschäfte leer stehen, ist zu befürchten, dass sich hier neue Spielhallen ansiedeln möchten.

Ein weiterer Antrag der CDU-Fraktion zur kostenlosen Außenwerbung im öffentlichen Raum für gemeinnützige Einrichtungen wird verlesen und einstimmig beschlossen.

Der Beirat Walle fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, sicher zu stellen, dass es Sozial- und Kulturinstitutionen sowie gemeinnützigen Vereinen auch weiterhin möglich ist, kostenlose Außenwerbung im öffentlichen Raum für ihre Veranstaltungen zu tätigen.

Begründung:

Seit dem 22. Januar 2010 hat die Stadt Bremen die Lizenz zur Werbung im öffentlichen Raum an die Deutsche Telekom vergeben. Sie erhofft sich dadurch auf der einen Seite steigende Einnahmen durch eine Umsatzbeteiligung und auf der anderen Seite eine Reduzierung der geklebten Werbung.

Die Deutsche Telekom setzt ihr neu erworbenes Monopol auf alleinige Vermarktung der Werbeflächen von Beginn an konsequent durch, indem sie Institutionen, welche vermeintlich gegen dieses Gebot verstoßen, auffordert, das Werben einzustellen oder Telekom-Kunde zu werden.

Gebühren von ca. 2 € pro Tag und Plakat werden hierbei mitunter in Rechnung gestellt, obwohl der Gestattungsvertrag zwischen Bremen und der Telekom besagt, dass vorübergehende Werbung für sportliche oder kulturelle Veranstaltungen sowie kirchliche, kulturelle, schulische, wissenschaftliche und karitative Werbung ohne Gewinnerzielungsabsicht hiervon ausgenommen sind.

Dies macht die Verunsicherung komplett, denn ohne die nötigen Rückendeckung durch den Senat und aufgrund der nach wie vor ungenügenden Informationspolitik, fühlen sich viele kleine Einrichtungen und Institutionen mit den Forderungen der Deutschen Telekom völlig hilflos und alleingelassen.

Der geplanten Umwidmung des Antrages vom TV Bremen-Walle 1875 auf Impulsmittel (Anhebung der Antragssumme um € 5.000,00) für eine Zweimast-Flutlichtanlage wird einstimmig zugestimmt. Der Beirat bewertet das Projekt positiv.

TOP 4 : Bericht des Beiratssprechers

Es war verabredet worden, dass zum Thema „Theatrium“ eine nichtöffentliche Ausschusssitzung stattfinden sollte. Das ist nunmehr nicht der Fall, sondern es findet bei der Staatsrätin, Frau Emigholz, eine Gesprächsrunde zu der Frau Fritsche-Ejemole, Herr Kück, Mitarbeiter von Immobilien Bremen und aus dem Kulturressort eingeladen worden sind. Das Gespräch soll am 03.05.2012 stattfinden. Nach dem Gespräch werden Überlegungen angestrebt, wie es weiter gehen soll.

Zum Thema „Waldau-Theater“ ist zurzeit noch nicht erforderlich, eine nichtöffentliche Beiratssitzung durchzuführen.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Zu diesem TOP lag nicht vor.

Vorsitzender:

Sprecher:

Protokollantin:

- Mester -

- Kück -

- Heger -